

Sie sprechen von Missbrauch

Sie sprechen von Missbrauch – und nehmen den psychisch kranken Jugendlichen den Schutz der IV, schicken sie in eine aussichtslose Eingliederung.. Sie sprechen von Missbrauch – und streichen Ärmsten die Ergänzungsleistungen.

Sie sprechen von Missbrauch – kaufen sich die Gutachter, erfinden einen neuen Gesundheitsbegriff, bis keiner mehr eine Rente erhält. Sie sprechen von Missbrauch – und kaufen sich mit ihren Lobbyisten ein verfassungswidriges Gesetz, im Wissen, dass kein Verfassungsgericht sie aufhalten wird. Sie sprechen von Missbrauch – und schicken uns die Sozialdetektive. Sie sprechen von Missbrauch – und treffen Menschen wie Lory Senn: (.....)

Vor 50 Jahren starb Dr. Martin Luther King, er hatte einen Traum: Heute stehen wir vor einem Albtraum. Statt in einem Land in dem alle das gleiche Recht auf den Schutz ihrer Privatsphäre haben, ist es in naher Zukunft möglich, dass unsere Grundrechte von ein paar Lobbyisten bis auf die Unkenntlichkeit geschliffen werden, durch den neuen Überwachungsartikel. Gelingt uns das Referendum nicht, so können uns schmierige Privatdetektive bis ins Bad hinein verfolgen, im Wohnzimmer und allenfalls mit Drohnen filmen. Sie können uns alle auf Schritt und Tritt verfolgen, Filme anfertigen, Tatsachen in einen falschen Zusammenhang stellen – nur weil wir vielleicht eine zu teure Krankenkassenrechnung haben, eine Hilflosenentschädigung als Rentner brauchen. Wir sehen der unkontrollierbaren Macht der Versicherungskonzerne entgegen, die tun und lassen können was auch immer sie wollen, sich ein Gesetz auf den Leib geschrieben haben- dank einer überragenden Lobby. Die Versicherungswirtschaft selbst entscheidet, wann und warum sie die Menschen bespitzelt, ob sie die Resultate der Beschnüffelungsaktionen eröffnet. Obwohl wir einen gutausgebauten Polizeiapparat haben, der Missetäter stellt und verurteilt, wollen die Versicherungen das Recht lieber in die eigene Hand nehmen, selber entscheiden, wann sie uns bespitzeln. Sie schaffen sich ihre eigene Privatpolizei.

Wie weit soll denn das gehen. Soll nun ein jeder und eine jede ihre eigene Privatpolizei haben? Wollen wir das Recht auf Privatsphäre wirklich bis auf die Grundfesten abschleifen, nur weil einige wenige viel mit einem Generalverdacht verdienen? Wollen wir die Überwachungen, die Privatsphäre, das Recht auf eine freie Bewegung in der Öffentlichkeit, in den eigenen vier Wänden von schmierigen Privatdetektiven und ihren Auftraggebern überwachen lassen? Wollen wir all die Errungenschaften die unser Staatswesen über die Jahrhunderte hinweg erschaffen hat, durch ein Lobbygesetz fällen. Sollen Neid und Missgunst, Häme und Hass, das Vertrauen in die Menschlichkeit ersetzen. Wir meinen Nein.

Sehen Sie, am Anfang waren es die Ausländer und wir alle erinnern uns an die Messerstecherplakate, dann kamen die Scheininvaliden und wir alle nehmen den schleichenden Abbau der Sozialrechte zur Kenntnis ohne uns zu wehren und nun sind wir es alle, uns alle, die die Krankenversicherung in Anspruch nehmen müssen, es betrifft uns alle, die später Rentner werden. Wollen wir das wirklich hinnehmen – und nein, das ist auch keine Frage von links und rechts, nein das ist eine Frage der Bürgerfreiheiten, eine Frage ausserhalb der politischen Schemen. Ein jedes dieser Verfassungsrechte, sei es die Unschuldsvermutung, sei es die Privatsphäre von der wir hier reden, ist Teil der Menschenwürde, ein für uns Bürger und Bürgerinnen unbezahlbares Rechtsgut geronnen aus der Erfahrung blutiger Menschheitsgeschichte, in stetem Kampf mit der autoritären Obrigkeit. Menschenrechte schützen uns vor der Allmacht einiger weniger, vor einem Staat, in dem Missgunst, in dem das Denunziantentum grassiert, in dem wir vor jedem sich bewegenden Vorhang Angst haben müssen.

Es sind Rechte, die uns alle schützen und für die wir uns alle wehren müssen. Wir alle müssen zu Patrioten der Verfassung werden, jeden Tag uns der Freiheiten und des Gutes bewusst werden, das sie repräsentiert, daran denken, was passiert, wenn wir sie aufgeben, an das Grauen der Diktatur.

Wir dürfen die Grundrechte – auch die sozialen - nie und für niemanden aufgeben – müssen uns auch dann für sie einstehen, wenn es nicht opportun erscheint, weil man Menschen mit Gebrechen stigmatisieren könnte.

Wir wollen uns die Rechte nicht durch Versicherungsspione nehmen lassen. Menschenrechte schützen uns vor Häschern, die uns bis ins Bad hinein verfolgen, ins Wohnzimmer mit Drohnen filmen. Das dürfen wir nicht durch das Überwachungsgesetz aushöhlen. Es mag sein, dass es Menschen gibt, die das Sozialsystem ausnützen, doch wollen wir deswegen die verfassungsmässige Ordnung den Löwen zum Frass vorwerfen.

Lassen wir das Gesetz zu, so führt das zu einer Gesellschaft in der das Denunziantentum und der Missgunst wieder Einzug erhält, in der wie unser rechtsstaatlich, Demokratische Grundordnung preisgeben- für die Interessen von Versicherungskonzernen. In der es niemand wagt berechnete Ansprüche gegenüber den Krankenkassen, gegenüber der AHV geltend zu machen. Die Beiträge, die nehmen die Versicherungen natürlich gerne. Nur zahlen wollen sie nicht – und falls es jemand tut, so wird er überwacht. All das ist verfassungswidrig, Wenn ihnen nun jemand sagt, dass alles sei linksextremer Populismus, so sage ich Ihnen, dass wir hier von bürgerlichen Freiheiten reden, von grundliberalen Werten, von unserer eigenen Verfassung. Das hat nichts mit links und Rechts zu tun. Ich sage Ihnen auch, dass dieser jemand einfach eine Symbole sucht, weil er nicht über den Inhalt reden will, die offensichtliche Verletzung des Rechts auf Privatsphäre, des Rechts auf eine Wohnung im Sinne von Art. 13 BV.

Es stimmt wir sind Extremisten. Wir sind Patrioten der Verfassung, wir sind Extremisten des Rechtsstaats, des Gleichheitsprinzips. Wir stehen ohne wenn und für die Wahrung der Privatsphäre ein: Wir kämpfen für die unveräusserlichen Rechte aller, ohne Rücksicht auf Herkunft, auf den sozialen Status: Wir leben den Traum von Dr. Martin Luther King weiter, ohne Rücksicht auf das politische Kalkül. Denn wir wissen, dass wenn sie von Missbrauch sprechen, sie nichts anderes wollen, als uns der Rechte zu berauben. Wir wissen, dass in ihren Augen der Gebrauch eigener Rechte von Ihnen als Missbrauch deklariert wird. Wir wissen, dass sie uns alle entrechten wollen.

Es trifft uns alle, wir alle sind betroffen, wir alle stehen dagegen auf, jetzt und immerdar. Wir alle sind das Referendumskomitee. Lasst uns dem Gesetz entgegenreten, dem Missbrauch der Macht.